

Kultur und Nation

Angela Merkel

Der Zusammenhang von Kultur und Nation ist im Allgemeinen kaum umstritten, im besonderen Fall unseres Landes geradezu offensichtlich: Der deutsche Nationalstaat ist jünger als beinahe jeder andere Nationalstaat Europas, und er ist wesentlich jünger als die Kulturnation Deutschland. Kein anderer Faktor hat die staatliche Einheit Deutschlands mehr befördert als die gemeinsame Sprache und Geschichte, die Erfahrung der Zusammengehörigkeit von Menschen also, die vorgefundene Grenzen gerade deshalb auf Dauer nicht akzeptieren wollten.

Jede ernsthafte Betrachtung der deutschen Geschichte bestätigt den Befund, dass weder die Gründung des deutschen Nationalstaates im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts noch die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands am Ende des 20. Jahrhunderts ohne dieses gemeinsame kulturelle Fundament möglich geworden wäre.

Föderale Staats- und Kulturnation

Wer heute mit wachem Blick auf Deutschland schaut, sieht ein Land mit einem überaus großen kulturellen Reichtum. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein durch Geschichte und Grundgesetz föderalistisch verfasster Staat. Er steht vor der Aufgabe, vor dem Hintergrund gewandelter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse eine Ordnungspolitik auch für den Kultur- und Kunstbereich zu entwickeln. Kommunen und Länder haben bisher beachtliche Anstrengungen unternommen, um den kulturellen Bestand zu sichern und zu erweitern. Auch der Bund trägt dem gewachsenen kulturellen Anspruch seit langem Rechnung. Der Deutsche Bundestag hat wieder einen eigenen Ausschuss für Kultur und Medien eingerichtet, nachdem die Bundesregierung die besondere Funktion eines Beauftragten für Kultur und Medien geschaffen hat. Neben der Kulturstiftung der Länder, die seit jeher die Hälfte ihrer Mittel aus dem Bundeshaushalt erhält, gibt es inzwischen eine eigene Kulturstiftung des Bundes. Vor kurzem nahm die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Kultur in Deutschland“ ihre Arbeit auf. Mit diesen Veränderungen verbindet sich die Erwartung neuer Impulse für Kunst und Kultur in einem überzeugenden Zusammenwirken

von Bund, Ländern und Kommunen. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands konnte auch das kulturelle und künstlerische Erbe auf dem Gebiet der ehemaligen DDR großenteils gesichert werden. Artikel 35 des Einigungsvertrages hat das Selbstverständnis unseres Landes als Kulturstaat erstmals ausdrücklich formuliert und wesentlich dazu beigetragen, besondere Fördermittel zum Erhalt der Kultur in den neuen Bundesländern freizumachen. Angesichts dieser tatsächlich historischen Herausforderung hat allein der Bund seine Aufwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur erheblich ausgeweitet und in der Amtszeit des Bundeskanzlers Helmut Kohl verdreifacht. Künstlerische Substanz konnte gerettet, kulturelle Infrastruktur erhalten und weiterentwickelt werden.

Die neuen Bundesländer haben auch kulturell vieles in das wiedervereinigte Deutschland eingebracht. Damit sind nicht nur die großen „Leuchttürme“ wie die Weimarer Klassik, das Gewandhaus in Leipzig oder die Dresdner Semperoper gemeint. Vor allem geht es um die vielfältige Literatur-, Theater- und Musiklandschaft, die sich in der ehemaligen DDR durchaus auch mit Unterschieden zur westlichen Entwicklung herausgebildet hatte. Besonders gilt das für die „zweite Kultur“, die resistenten künstlerischen Milieus, die sich der Staatsideologie und dem ästhetischen Diktat verweigert haben. Freilich sind gerade auch die neuen Bundesländer nicht nur von den finanziellen Nöten der Kommunen eingeholt worden, sondern auch dadurch benachteiligt, dass ihnen oftmals aufgrund der DDR-Vergangenheit der Einsatz von Unternehmen und großen Mäzenen für die Kultur fehlt.

Was aber Ost und West in Deutschland trotz unterschiedlicher Bedingungen für die künstlerische Produktion eint, ist das gemeinsame Erbe der deutschen Kulturnation. Sie hat geholfen, die vierzigjährige staatliche Teilung nicht zu einer Teilung des Volkes werden zu lassen. Der Blick zurück in die Geschichte zeigt überdies, dass die Kulturnation nicht nur lange vor der Staatsnation entstand, sondern auch alle unterschiedlichen politischen Systeme überdauert hat. Was im Hinblick auf die jahrhundertalte „deutsche Frage“ eines demokratischen, geeinten, freiheitlichen Staates der Deutschen so viele Probleme und politische Auseinandersetzungen beschert hatte, beförderte umgekehrt zugleich die Entwicklung von Kultur und Kunst in Deutschland. Denn die vielen Kleinstaaten in den deutschen Landen waren historisch gesehen eine wesentliche Voraussetzung für die große Vielfalt der Künste und ihrer Förderung. Der deutsche Staatsföderalismus war in die-

ser Hinsicht auch ein Glück für die Deutschen. Kaum ein anderes Land hat einen solchen flächendeckenden, Land und Stadt umfassenden Kulturreichtum entfaltet.

Diese föderal entwickelte Kultur und Kunst in Deutschland ist ein Erbe, das auf keinen Fall verspielt werden darf. Deshalb ist bei den anstehenden Diskussionen zur Föderalismusreform darauf zu achten, vor allem die Kommunen so zu stärken, dass sich Kunst und Kultur gerade in den „kleinen Räumen“ entfalten kann. Eine aktive Bürgergesellschaft mit ihren alten und neuen Formen des Engagements kann dabei erheblich stärker als bisher dazu beitragen, Kunst und Kultur als besonderen Wert gerade in einer sich schnell wandelnden Welt zu begreifen.

Ausdruck menschlicher Freiheit

Noch immer gibt es nicht wenige, die der Meinung sind, Kultur und Kunst seien vor allem dekoratives Beiwerk für die so genannten harten Themen, die die Welt bestimmen. Aber das ist eine irrtümliche Annahme über das Wesen der Kultur und deren eigenständige Prägekraft für den Menschen. Denn Kultur ist mehr als der Kunstmarkt, die Ausstellung, das literarische oder musikalische Festival. Kultur ist ganz allgemein gesagt vor allem der Zugang des Menschen zu sich selbst:

Kultur erlaubt es dem Einzelnen, ein Bild von sich selbst zu gewinnen.

Kultur im weitesten Sinn und Kunst als Teil der Kultur führen zu einer beständigen Selbstreflexion der Gesellschaft über ihre Werte, ihre Ziele und die Art ihres Zusammenlebens, ihre Veränderung und Weiterentwicklung.

Kultur zeigt in vielfältigen Formen auf, was uns als Individuen und als Gesellschaft zugehörig ist. Kultur ist Heimat, Zugehörigkeit und Teilnahme; sie muss darum kontinuierlich gepflegt werden, und zwar für jede Generation neu.

Mit anderen Worten: Kultur ist die „zweite Natur“ des Menschen, das, was ihn als Menschen ausmacht – über die pure biologische Existenz hinaus, die er nur annehmen und akzeptieren kann. Kultur ist der wichtigste Ausdruck menschlicher Freiheit.

Kultur ist nie statisch, weder im persönlichen noch im nationalen Kontext. Das Tradierte wird immer neu angeeignet, umgebildet, ergänzt. Kultur und Fortschritt, Kunst und Herausforderung

durch das Neue hängen eng miteinander zusammen. Die freiheitliche parlamentarische Demokratie ist am besten geeignet, die Bedingungen zu fördern, in denen sich Kultur und Kunst frei entfalten können. Dabei muss sie sich auch mit künstlerischen Urteilen auseinandersetzen, wenn Politik, Kultur und Kunst im öffentlichen Raum zusammenstoßen. Die politischen Bauten in Berlin nach dem Umzug des deutschen Parlaments, die entstehenden Mahnmale und Erinnerungsbauten oder die im Reichstagsgebäude installierte Kunst sind nur drei Beispiele dafür aus der jüngsten Zeit.

Der amerikanische Schriftsteller Truman Capote bemerkte zu Recht: „Alle Menschen haben die Anlage, schöpferisch tätig zu sein.“ Dies trifft sich mit der Kultur- und Kunstauffassung von Joseph Beuys, für den alle Bürger die Fähigkeit haben, sich individuell künstlerisch zu betätigen. Diese Auffassung hat besonders in den westlichen Bundesländern viele beeinflusst und nicht zuletzt zu der Forderung „Kultur für alle“ geführt. Aber Truman Capote fügte noch hinzu: „Nur merken es die meisten nie.“

National und europäisch orientierte kulturelle Bildung

Gerade deswegen ist es wichtig, sich mit Kultur in der Schule auseinander zu setzen und die überragende Bedeutung der kulturellen Bildung wiederzuentdecken. Natürlich gibt es in regelmäßigen Zeitabständen Diskussionen darüber, ob es beispielsweise einen für unser Land, unsere Schulen verbindlichen Kanon an Literatur geben müsse und was dazu gehöre. Solche Überprüfungen unseres kulturellen Bestandes vor dem Hintergrund der Erfordernisse der Gegenwart sind durchaus notwendig. Sie schärfen den Blick für das Wesentliche unserer Kultur und ermöglichen eine neue Aneignung von Literatur, Musik oder Malerei.

Es wäre fatal, wenn man der Tendenz nachgäbe, Fächer wie Musik oder Kunst als Randfächer abzutun. Zu einer allgemein gebildeten Persönlichkeit gehören die eigene Muttersprache Deutsch, Fremdsprachen, wissenschaftliche und künstlerische Bildung gleichermaßen. Davon dürfen wir in Deutschland nicht abgehen, einem Land, das seinen weltweiten Ruf nicht zuletzt Bildung und Kultur verdankt. Allgemeinbildung ist und bleibt Ausdruck von Kulturaneignung: Wir brauchen die Bildung in Naturwissenschaften und Sprachen ebenso wie musische, literarische, künstlerische Bildung. Wenn wir uns kulturell nicht auf eine lernende Gesellschaft einstellen, dann werden wir nur geringe Chancen in

der kommenden Wissensgesellschaft haben. Daran kann es nach den ernüchternden Befunden der PISA-Studie keinen Zweifel mehr geben.

Zu dieser Bildung gehört nicht nur die Vermittlung des nationalen Kulturguts, sondern auch die der kulturellen Grundlagen Europas. Wir haben Europa zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum gemacht, mit dem Euro auch weitgehend zu einem einheitlichen Währungsgebiet. Die Osterweiterung der Europäischen Union hebt endgültig die jahrzehntelange Spaltung des Kontinents auf. Jetzt kommt es darauf an, dieses Europa auch politisch zusammenzuführen und – nach der Erarbeitung der Grundrechtscharta – seine Ordnung mit einer Verfassung zu fundieren. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Europa zuerst auf kultureller Grundlage entstanden ist. Die Entwicklung eines personalen Menschenverständnisses, Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, der zivilisierte Umgang mit Unterschieden und der Pluralität von Meinungen, Theorien und Lebensweisen, die politische Kultur von Parlamentarismus und Demokratie, aber auch die Entwicklung der Wissenschaften, der Literatur, der Musik, der bildenden Künste – all das gehört zur kulturellen Entwicklung Europas. Am Ende seines Lebens meinte Jean Monnet, einer der Gründerväter der Europäischen Union, könnte er bei der Europäischen Integration noch einmal von vorn beginnen, dann würde er mit der Kultur anfangen. Vielleicht wären dann die kulturellen Gemeinsamkeiten Europas, das, was uns alle über alles Nationale hinaus als Europäer verbindet, stärker in unser Bewusstsein gedrungen, als sie es heute sind. Dabei unternimmt die Europäische Union durchaus Anstrengungen für ein gemeinsames kulturelles Europa. Von staatenübergreifenden integrativen Kunst- und Museumsverbänden über die Förderung des Denkmalschutzes bis hin zur Ausrufung des Wettbewerbs um den Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ reichen die Beispiele.

„Europa braucht auch eine Seele“, wie es Jacques Delors einforderte. Die europäische Einigung wird letztlich nur gelingen, wenn den Europäern dieses kulturelle Band als ihre Gemeinsamkeit bewusst wird. Weil die Grundlage eines gemeinsamen europäischen Identitätsbewusstseins in der Verbundenheit der europäischen Kultur in all ihrer Vielfalt liegt, hat auch die Kultur Eingang in den Entwurf der europäischen Verfassung gefunden. In der Grundrechtscharta wurde – analog zum deutschen Grundgesetz – die Selbstverständlichkeit festgehalten, dass Kunst und Forschung frei sind (Artikel II,13). Und in Artikel I,3 heißt es „Die Union wahrt

den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas“. Dieses europäische kulturelle Erbe ist das Fundament dafür, dass sich die einzelnen nationalen und regionalen Kulturen in Europa voneinander nicht abschotten, sondern sich der gemeinsamen Wurzeln bewusst werden und gegenseitig befruchten.

Kulturförderung, Wettbewerb und Wirtschaftsentwicklung

Nimmt man diesen Anspruch, als nationale Kultur einen wichtigen Beitrag zum gemeinsamen kulturellen Fundament Europas zu liefern, ernst, dann ergibt sich auch von hier die grundsätzliche Forderung für Deutschland, auf allen staatlichen Ebenen Kunst und Kultur zu fördern. Allerdings ist finanzielle Förderung in einer Zeit wirtschaftlicher Probleme überall schwieriger geworden. Deshalb kommen wir auch im Kultursektor ohne größeren Wettbewerb und ökonomische Kostenabwägungen künftig nicht mehr aus. Kostensenkung muss nicht mit einem Verlust an Kultur- und Kunstqualität einhergehen, wenn zweierlei beachtet wird: Zum einen muss die föderale Struktur unseres Landes grundlegend reformiert werden. Der Schutz von Kunst und Kultur erfordert eine gesicherte Zuordnung der Finanzmittel sowie eine bessere Aufgabenverteilung, die Verantwortung deutlich macht, erheblich mehr Transparenz zulässt, eigenständige Entwicklung ermöglicht. Dazu gehört vor allem eine Revitalisierung der Kommunen. Städte und Gemeinden brauchen mehr finanzielle Sicherheit, mehr Eigenständigkeit, mehr Freiräume. Gerade hier liegen die Möglichkeiten der Zukunft für die Sicherung einer breiten kulturellen und künstlerischen Förderung.

Zum anderen gibt es einen elementaren Zusammenhang von Kulturförderung und Wirtschaftsentwicklung. Kultur ist heute in vielfältiger Form, nicht zuletzt als Kulturtourismus, ein harter Wirtschaftsfaktor. Menschen finden Arbeit in der Kulturwirtschaft, Unternehmen investieren in diese Branche und zahlen auch Steuern. Ein reiches kulturelles Angebot in einer Stadt ist auch für Investitionsentscheidungen von Unternehmen relevant. Kultur in all ihren Facetten – von der experimentellen Kunst bis hin zur sogenannten Massenkultur – ist längst zu einem zentralen Standortfaktor im regionalen, europäischen und globalen Wettbewerb geworden. Öffentliche Unterstützungen für die Kultur einer Stadt oder einer Region sind deswegen ökonomisch

sinnvolle Investitionen, die wiederum private Investoren anlocken. Wer den Bereich von Kunst und Kultur dagegen für ein besonders naheliegendes Feld der Haushaltskonsolidierung hält, berührt nicht nur das kulturelle, sondern auch das empfindliche soziale Gewebe einer Stadt. Denn nicht nur städtische Theater, Opern oder Orchester werden getroffen. Betroffen von den Kürzungen sind vor allem die vielen kleinen Off-Theater, die musikalischen Kleinensembles, die kleinen Kulturvereine und die Laiengruppen, die mit großem Engagement und mit einem erheblichen Einsatz an ehrenamtlicher Arbeit für kulturelle und künstlerische Vielfalt sorgen und damit zur Vitalität und Lebensqualität unserer Gesellschaft wesentlich beitragen.

Subsidiarität und Bürgerengagement

Auch deshalb muss die Verbindung zur aktiven Bürgergesellschaft hinzukommen. Wir wissen aus Umfragen, dass sich schon jetzt rund ein Drittel aller Deutschen ehrenamtlich engagiert. Aber das Potential ist noch weitaus größer. Viele wollen sich engagieren, nicht weil sie mehr Geld haben wollen, sondern weil sie mehr Sinn in den frei gewählten Tätigkeiten sehen. Die Formen freiheitlichen Engagements – Bürgerarbeit, Familienarbeit, Altenarbeit, Nachbarschaftsarbeit, Arbeit in Entwicklungshilfegruppen, Städtepartnerschaften und vieles andere – werden sich deutlich erweitern. Das freiwillige Engagement in Kunst- und Kulturarbeit, so zeigen es die Zahlen bereits jetzt, wird ebenfalls deutlich zunehmen.

Im Bereich von Kunst und Kultur muss der föderale Staat nicht alles selbst machen. Was subsidiär übernommen werden kann, sollen Bürger auch übernehmen können. Es gehört ja zu den großen Irrtümern unserer Gegenwart, den Wert von Arbeit zu sehr an ihrem materiellen Preis zu messen. Unbezahlte Tätigkeit wie beim Ehrenamt ist so wertvoll wie bezahlte Tätigkeit. Wer aber unbezahlte Freiwilligentätigkeit übernimmt, gibt der Gesellschaft eines der wertvollsten Guthaben: ein Stück eigener Lebenszeit.

Auch finanziell können im Bereich der Kultur neue Wege gegangen und ausgebaut werden.

Bisher decken Sponsoren rund fünf Prozent der Gesamtausgaben für Kultur und Kunst ab. Privates Kultursponsoring, private Kulturförderung hat zwar zugenommen, ist insgesamt gesehen aber in Deutschland nach wie vor eine marginale Angelegenheit. Insofern ist hier im Blick auf die Zukunft ein erhebliches Potenzial. Viele können als Mäzene, als Stifter, als Spender angespro-

chen werden. In Deutschland gibt es eine lange Stiftungs- und Stiftertradition. Vermögende Bürger, insbesondere Industrielle, haben vor allem seit dem 19. Jahrhundert Wissenschaft, Kultur und Kunst unterstützt. Daran sollte heute wieder stärker angeknüpft werden. Deshalb ist es zu begrüßen, dass in den letzten Jahren seit der Modernisierung des Stiftungsrechts ein deutlicher, gegenüber anderen Ländern gleichwohl noch bescheidener Boom bei der Gründung von Stiftungen zu verzeichnen ist.

Für private Stiftungen sind noch immer viele Hürden zu nehmen. Gefordert sind Reformen, um lange Abstimmungswege zwischen Finanzbehörden und Stiftungen zu vermeiden. Das dient nicht nur Stiftern mit großem Vermögen. Das befördert auch die Möglichkeit von Bürgerstiftungen, bei denen sich Bürger schon mit kleinen Summen beteiligen können. Die Förderung solcher Bürgerstiftungen ist wichtig, weil diese nicht nur Kultur und Kunst im Großen wie im Kleinen fördern, sondern zugleich den Bürger für die öffentlichen Angelegenheiten interessieren und ihn daran teilhaben lassen. Und wer beteiligt ist, der „pflegt“ auch die öffentlichen Angelegenheiten. So wächst das soziale und kulturelle Kapital in unserem Land.

Kulturpolitischer Aufbruch

Wie in der Wirtschaft können wir auch kulturpolitisch eine Art zweiter Gründerzeit haben. Durch eine aktive Bürgergesellschaft und durch revitalisierte Kommunen kann es sowohl zu mehr Wettbewerb kommen als auch zu einer größeren Bereitschaft von Bürgern, sich kulturell und künstlerisch zu engagieren oder als Stifter zu wirken.

Die Zeit für Reformen ist angebrochen. Mehr denn je ist die menschliche Fähigkeit gefragt, mit den sich immer schneller wandelnden Verhältnissen auch sich selbst zu verändern. Kultur und Kunst sind dafür unverzichtbar – für die Zukunft nicht weniger als in der Vergangenheit. In der Wertschätzung und Förderung von Kunst und Kultur beglaubigt sich das Selbstverständnis eines Kulturstaates, der seine eigenen Ansprüche ernstnimmt.

(aus: N. Lammert [Hrsg.], Alles nur Theater? Beiträge zur Debatte über Kulturstaat und Bürgergesellschaft [DuMont Köln 2004], S. 26ff.)